

Die Präsidentschaft Wladimir Putins geht langsam ihrem Ende zu. In diesem Zusammenhang sollte reflektiert werden, welches politische Erbe sie hinterlässt und wie dies in Russland und der Welt aufgenommen wird.

Heute teilen sich die Analytiker, die mit Russland zu tun haben, in zwei Gruppen – Pragmatiker und Idealisten. Erstere argumentieren: Russland verdient den Staat, den es hat. Es ist nicht möglich, mit einem Schlag vom Totalitarismus zu einer liberalen Demokratie zu gelangen; man muss lernen, konsequent dafür zu arbeiten. Allmählich entsteht eine Mittelklasse, der Wohlstand der Bevölkerung wächst, und der Kapitalismus erstarkt, und erst dann kann man von einer liberalen Demokratie sprechen.

Pragmatiker...

Die aktivsten, pragmatisch denkenden Ideologen im Kreml möchten gern den Beweis erbringen, dass sich in Russland eine neue Form der Demokratie herausgebildet hat, die „souveräne Demokratie“. Diese Definition soll das Recht des Kremls begründen, die demokratischen Prinzipien auf eigene Weise zu interpretieren. Neu ist auch, dass zur Ergänzung der „souveränen Demokratie“ der Begriff „Supermacht im Energiesektor“ eingeführt wird. In Russland selbst stellen die Pragmatiker die Mehrheit, sowohl unter den Experten als auch in der politischen Klasse. Im Lager der Pragmatiker sind unverhofft auch einige westliche Forscher zu finden, die nicht glauben,

dass die russische Gesellschaft durch ihre „historischen Wurzeln“ für eine liberal-demokratische Transformation gerüstet ist. Die Realität scheint den Pragmatikern Recht zu geben: Der Rückhalt den Putin bei der Bevölkerung Russlands findet, könnte den Schluss nahelegen, sie sei mit der Lage der Dinge zufrieden. Spöttisch belächelt werden die Hoffnungen der russischen Opposition darauf, dass das System jeden Augenblick zusammenbricht, das Volk auf die Straße geht und Freiheit fordert.

... gegen Idealisten

Idealisten hingegen gehen davon aus, dass Politik in Russland wichtiger ist als Wirtschaft. Sie sind überzeugt davon, dass das russische Volk auf dem Weg des Landes zur liberalen Demokratie kein unüberwindliches Hindernis mehr ist. Das Problem besteht jedoch darin, auf der Basis des Rechtsstaates eine Kombination aus Freiheit und Ordnung zu finden. Sie meinen, dass die wirtschaftliche Modernisierung in Russland zum Scheitern verurteilt ist, wenn die Macht weiterhin personifiziert ist. Als Erwiderung auf die Pragmatiker behaupten die Idealisten: Ja, die Russen unterstützen das bestehende Regime, jedoch entweder als geringeres Übel oder in der Hoffnung auf schrittweise Reformen. Viele haben 2004 in der Annahme für Putin gestimmt, dass er eine Verbindung von Freiheit und Ordnung garantieren würde. Ja, stimmen die Idealisten zu, das Volk schweigt, weil es möglich ist, ohne gemeinsame Protestaktionen individuell zu

überleben. Da jedoch lediglich vierunddreißig Prozent der Befragten der Meinung sind, dass Russland in die richtige Richtung geht, bedeutet dieses Schweigen allerdings kaum, dass die Politik der Regierung gebilligt wird. Das Volk schweigt auch deshalb, weil es keine alternativen Kräfte sieht, die Vertrauen verdienen und das Land aus der Sackgasse herausführen könnten. Doch wenn einundsechzig Prozent der Befragten der Regierung misstrauen, kann die Konsolidierung wohl kaum von Dauer sein. Wichtig sei, meinen die Idealisten, dass erstmals in der Geschichte Russlands das russische Volk für eine neue Ordnung reif sei. Allerdings sei die Elite noch nicht so weit.

Zeit für Reformen

Aber selbst wenn man dem beipflichtet, dass die russische Gesellschaft schrittweise in die Freiheit geführt werden muss, tun sich einige Fragen auf: Warum zieht die russische herrschende Klasse, anstatt das System zu öffnen, im Gegenteil die Schraubewidder an? Warum schwächt sich das Wirtschaftswachstum in Russland in dem Maße ab, wie die Macht immer mehr zentralisiert wird? Und wie kann ein Vormarsch in Richtung „Rohstoffstaat“ als Modernisierung betrachtet werden? Warum verläuft die Herausbildung der „Mittelklasse“ in Russland unter solchen Mühen, und warum bevorzugen diejenigen, die sich als Mittelklasse betrachten, die „eiserne Hand“?

Es ist noch gar nicht so lange her, dass die Pragmatiker in dem Versuch, Argumente für eine notwendige Stärkung der Exekutive zu finden, der Gesellschaft einredeten: Wartet ab, sobald die Position des Präsidenten stabil ist, beginnen auch Reformen. Russland hat einen Superpräsidenten, der alle übrigen Institutionen an den Rand gedrängt hat. Die Pragmatiker können letztendlich nicht erklären, weshalb die Regierung keine Zeit für Reformen hat. Sie vergleichen das Russland des

einundzwanzigsten Jahrhunderts gern mit dem England des sechzehnten bis siebzehnten Jahrhunderts und dem Amerika des neunzehnten Jahrhunderts, um zu beweisen, welch langen Weg Russland noch vorsich hat. Und weshalb wollen dieselben Leute dann nachweisen, dass Russland so weit ist, ein ebenbürtiges Mitglied der G 8 zu sein, auf gleichem Niveau wie die entwickelten Demokratien?

Die Pragmatiker denken bisweilen nicht darüber nach, wie eigenartig einige ihrer Argumente klingen. Das betrifft in erster Linie die Ideologen im Kreml. Wenn sie Russland für eine „Energiegroßmacht“ halten, weshalb muss dann um seine Souveränität gekämpft werden, und wer könnte sich an der Souveränität einer Supermacht vergreifen? Und wenn Russland überlegen muss, wie es seine Souveränität sichert, wie kann es da Anspruch auf den Status einer Supermacht erheben? Und kann denn der Verkauf von Kohlenwasserstoffen die Grundlage für einen derartigen Status sein? So gesehen, hätte Saudi-Arabien, das noch viel mehr Erdöl verkauft, weitaus mehr Grund, den Status einer Supermacht zu beanspruchen! In ihren Überlegungen, dass Russland noch nicht reif sei für eine liberale Demokratie, rechtfertigen die Pragmatiker faktisch den Rückfall Russlands in die Vergangenheit und beenden die Diskussion über den weiteren Entwicklungsweg der Gesellschaft, indem sie sagen, dass alles ohnehin vorherbestimmt sei, man sich entspannen und sich mit dem Strom treiben lassen könne – vielleicht trägt er einen irgendwann ans Ufer. So erweist sich der Pragmatismus im Endeffekt als Apologet der Macht, egal, in welcher Form sie auch daherkommen mag.

Erhaltung des Machtapparates

Es gilt nun die politische Realität in den Blick zu nehmen: Das bürokratisch-autoritäre Regime und seine ökonomischen Grundlagen – der bürokratische Kapita-

lismus – wurden unter der zweiten Präsidentschaft Putins endgültig etabliert. Putin hat die Eigenständigkeit der regionalen Eliten wesentlich geschwächt, das *Big Business* entpolitisirt, die Subjektfähigkeit des Parlaments liquidiert, die Gerichte der Exekutive unterstellt und sich eine politische und geistige Elite herangezogen, die sich der Regierung gegenüber loyal verhält. Heute erinnert die politische Landschaft Russlands an eine Wüste, in der lediglich ein Turm zu sehen ist – der Präsident. Zugleich ist aber auch etwas anderes zu sehen: das Bestreben des Präsidenten, sich vor Verantwortung zu drücken. Seine Führung könnte darunter leiden. Das Hauptprinzip der Jelzin-Herrschaft, die Reproduktion der Verantwortungslosigkeit, wirkt unter Putin weiter. Im Besitz aller Hebel der Macht, sucht der Präsident ständig nach Wegen, Verantwortung abzuwälzen, sei es auf den Ministerpräsidenten oder auf das Parlament oder auf seine Beamten.

Paradoxe Situation

Die ständigen Fragen der Beobachter sind nachvollziehbar: Wer steht hinter diesem oder jenem Schritt des Kremls, wer macht dort Politik? Denn die Tatsache, dass sich die Macht in den Händen einer Person konzentriert, anonymisiert die Entscheidungen kontinuierlich. In Russland ist eine paradoxe Situation entstanden: Einerseits ist das Staatsoberhaupt formell auf die Position eines Schiedsrichters gestellt, andererseits entzieht es sich dieser Rolle und versucht, Entscheidungen permanent aus dem Weg zu gehen, solange sie nicht das Überleben des Staatsoberhauptes selbst betreffen. Die Alleinherrschaft des Präsidenten um seines Überlebens willen schwächt alle übrigen Kräfte. Der Präsident selbst jedoch ist machtlos, ohne dies mitunter zu bemerken, denn er verfügt nicht über adäquate Instrumente, seine Entscheidungen, auch wenn diese oftmals korrekt sein mögen, durchzuset-

zen. Ungeachtet seiner enormen Befugnisse ist es Putin nicht gelungen, die Verwaltungsreform zu Ende zu bringen und den Kampf gegen die Bürokratisierung und Korruption des Machtapparates überhaupt erst einmal aufzunehmen. In seinen jährlichen Botschaften an die Nation spricht er davon fast schon mit Verzweiflung.

Wie auch seine Evolution nach dem Fall des Kommunismus bestätigt hat, ist das Regime der Macht in Russland durchaus zu Veränderungen fähig. Wenn allerdings die Struktur der Macht und ihre Basis unangetastet bleiben, ändert ein Regierungswechsel nichts am Wesen dieser Macht. Ihr Hauptwiderspruch zwischen den monopolistischen Grundlagen und der demokratischen Tendenz bleibt erhalten und wird immer häufiger zu Gunsten der Interessen der Monopole entschieden, das heißt einer Rückkehr zur traditionellen russischen Politik. Es ist jedoch eine Rückkehr zum Traditionalismus ohne die früher vorhandenen Ressourcen, die diesen unterstützen könnten. In der Folge hat sich in Russland ein interessantes Phänomen herausgebildet: Ein imitierter Traditionalismus und eine imitierte liberale Demokratie, die nicht mit Ressourcen untersetzt sind, existieren nebeneinander. Diese Imitate diskreditieren sowohl den Traditionalismus als auch die Demokratie.

Nachdem er zum ersten Staatsmann Russlands wurde, der die sowjetische Schule des Aufstiegs in die Nomenklatur nicht durchlaufen hat, hat Wladimir Putin einen für Russland ungewöhnlichen, technokratischen Führungsstil geprägt. Putin verhält sich wie ein Modernisierer, wenn er von systemimmanenteren Problemen des russischen Staates, in erster Linie von der Korruption, spricht. Er ist der erste russische Staatschef, der versucht hat, die Wirtschaft zu deregulieren und den Apparat zu reformieren, womit er an den Festen des bürokratischen Staates

rüttelt. Selbst als russische Interessen angegriffen wurden und die Elite verlangte, in der Außenpolitik Stärke zu demonstrieren, setzte er den Kurs auf Partnerschaft mit dem Westen fort und verhinderte die Konfrontation mit ihm.

Immer wenn er einen Schritt in Richtung Erneuerung unternahm, sicherte sich Putin gleichzeitig durch eine Wende in die entgegengesetzte Richtung ab. So schwächte er die Kontrolle der Wirtschaft und unterminierte zugleich die Privatisierung und die Institution des Privateigentums durch sein Vorgehen gegen JUKOS. Gegen die Korruption unternahm er mehrere Anläufe, aber indem er die Macht stärker zentralisierte, hat er das Feld für Korruption eher erweitert. Als er seine „antioligarchische Revolution“ begann, verschonte Putin die großen Finanz- und Industriegruppierungen, deren Wirken die Konkurrenz einschränkt. Und als er die Kontrolle der Wirtschaft in die Hände des Apparates legte, schuf er Bedingungen für das Aufkommen von Oligarchen unter den Bürokraten. Die Partnerschaft Putins mit dem Westen ist immer deutlicher vom Erstarken antiwestlicher Stimmungen in der Innenpolitik begleitet, die diese Partnerschaft torpedieren. Indem er die Abkehr vom Hegemonismus im postsowjetischen Raum deklarierte, mischte sich der Kreml auf gröbste Weise in die Wahlen in der Ukraine im Jahr 2004 ein und begann, den Westen aus dem postsowjetischen Raum herauszudrängen, ohne jedoch die Kraft zu besitzen, das entstehende Vakuum zu füllen. Mit einem Wort: Putin hat sich während seiner Präsidentschaft hart an die Grenzen des heutigen Systems in Russland begeben. Er hat allerdings das Schicksal auch nicht herausfordern wollen und schließlich einen Rückzieher gemacht. Er hat gezeigt, dass er ein Systemmodernisierer sein kann, also ein Politiker, der zu Veränderungen bereit ist, allerdings mit dem Ziel, die alt hergebrachten Grundpfeiler zu zementie-

ren. Er hat sich nicht von den vier Prinzipien lösen können, die das postsowjetische System untermauern: ungeteilte Macht, Dominanz des Apparates, imperiale Denkweise und Kontrolle des Staates über das Eigentum. Mehr noch, indem er auf den autoritären Vektor setzte, hat der Präsident den liberal gesinnten Teil der Gesellschaft isoliert und Konservativen und Konformisten einen Blanko-Scheck ausgestellt. Wenn man davon ausgeht, dass Wladimir Putin in den ersten Jahren seiner Regierung die Mission verfolgt hatte, Russland zu einem modernen Staat zu machen, ist heute festzustellen, dass er die Führungsrolle in diesem Transformationsprozess aufgegeben hat.

Mangelnde Risikobereitschaft

Hätte die Entwicklung unter Putin in Richtung liberale Demokratie gehen können? In der Gesellschaft hätte es einflussreiche Liberaldemokraten und ein aktives Streben nach Demokratie geben müssen. Innerhalb der politischen Klasse wäre ein Begreifen der Notwendigkeit von Reformen des Machtapparates erforderlich gewesen. Dann hätte Putin versuchen können, aus dem Rahmen der gewählten Selbstherrschaft auszubrechen. Als Putin an die Macht kam, gab es diese Voraussetzungen nicht. Zwar erhielt er Rückhalt in der Bevölkerung und konnte damit beginnen, den traditionellen Staat zu demontieren und seine archaischsten Elemente über Bord zu werfen. Vermutlich hätte der Präsident Ende 2000/Anfang 2001 die Möglichkeit gehabt, eine Änderung der Entwicklungslogik Russlands in Angriff zu nehmen. Untersuchungen der öffentlichen Meinung zeigen, dass sechzig bis siebzig Prozent der modernistisch eingestellten Bürger Russlands für einen Rechtsstaat gewesen wären. Putin ist das Risiko jedoch nicht eingegangen. Er hat für sich die unkomplizierte Variante gewählt: Lenkbarkeit. Putin hat offensichtlich nicht geglaubt und glaubt es

auch weiterhin nicht, dass Russland reif dafür ist, ohne die zusammenhaltende Rolle des Autoritarismus modernisiert zu werden. Mit seinem Führungsstil zeigt er nun jedoch, dass eine reale Transformation nicht möglich ist, wenn die Macht weiterhin personifiziert bleibt.

Vom zweiten Präsidenten Russlands, dessen Funktion es war, die Macht des bürokratischen Apparates zu festigen, wäre wohl auch nicht zu erwarten gewesen, dass er dieser Funktion entsagt und gegen das System handelt, also gegen die Interessen des Apparates vorgeht. Die Dramatik der Situation Russlands besteht noch dazu darin, dass es in der Geschichte bisher keine Beispiele gab, dass Strukturreformen unter Bedingungen der Stag-

nation und bei fehlendem Druck seitens des Volkes in Angriff genommen wurden. Bislang gab es stets Krisen den Anstoß für solche Reformen. Alle Erschütterungen Russlands lösten bislang unvorhergesehene Wendungen aus, die die Gesellschaft teuer zu stehen kamen. Russland muss also erst noch zeigen, ob seine Elite und der nächste Präsident nach Putin in der Lage sein werden, die Umgestaltung des Systems in Angriff zu nehmen, bevor die Erdölpreise in den Keller stürzen. Oder Russland muss wieder einmal erst in eine qualvolle Krise geraten, bevor es darangeht, einen Ausweg aus der Sackgasse zu suchen.

Aus dem Russischen von Elke Walther, Diplom-Übersetzerin, Berlin.

Trauer um die Journalistin Anna Politkowskaja

„Die Ermordung von Anna Politkowskaja, jener journalistischen Mutter Teresa, wie sie ein Verehrer nannte, hält nach wie die Salve, welche die Jagd eröffnet. Frau Politkowskaja war Zeitungsreporterin, die die Kellerverliese der russischen und tschetschenischen Kriegsmaschinerie aufsuchte. Dabei wurde die vor allem im Westen mit Auszeichnungen überhäufte Autorin, die manchmal Armeeeinheiten durcheinanderbrachte und die Zeugnisse ihrer Gesprächspartner nicht überprüfen konnte, von Zunftkollegen oft nicht als wirklich professionell anerkannt. Anna Politkowskaja sammelte das, wofür sich außer ihr keiner mehr zu interessieren wagte, die Stimmen der Geschundenen, die ohne Idealisten wie sie im Nichtsein verschwinden. [...] Unter Journalisten und Menschenrechtlern herrschen Niedergeschlagenheit und Panik. Der Publizist Richard Lourie sieht in Rußland nach der Demokratie die Zivilisation selbst sterben, deren Kennzeichen es sei, Individuen zu achten und informieren zu wollen. Der Publizist Waleri Panjuschkin hat seine Kolumne in der Zeitung ‚Kommersant‘ eingestellt. Denn die russische Politik bestehe nur noch aus kannibalischen Gruppenkämpfen, begründete Panjuschkin seinen Entschluß. Der Menschenrechtler Oleg Orlow legte sein Amt als – wenn auch höchst nomineller – Berater von Präsident Putin nieder, nachdem das Staatsoberhaupt die Lebensleistung der Gemeuchelten firmendirektorhaft als für Rußland schädlich einstufte. Wenngleich ihr Tod dem nationalen Image noch mehr schade. Zwölf Journalisten sind während Putins Amtszeit in Rußland ermordet worden, die meisten hatten Korruptionsfälle recherchiert. Aufgeklärt wurde keiner.“

Kerstin Holm am 22. Oktober 2006 in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung